

**Antrag 35/I/2023**

**KDV Mitte**

**Der Landesparteitag möge beschließen:**

**Der Bundesparteitag möge beschließen:**

**Lasten von Eigenbedarfskündigungen gerechter verteilen**

- 1 Der Verlust der Wohnung durch Eigenbedarfskündigung
- 2 darf nicht zu finanziellen und sozialen Verwerfungen auf
- 3 Seiten des/der betroffenen Mieters/Mieterin führen.
- 4
- 5 Die Gesetzeslage soll entlang folgender Forderungen ge-
- 6 ändert werden:
  - 7 • Die Kosten der Wohnungssuche und des Umzugs
  - 8 gehen zu Lasten des/der nutznießenden Eigentü-
  - 9 mers/Eigentümerin. Die Zehnjahresfrist bei Verkauf
  - 10 der Wohnung und das Vorkaufsrecht bleiben davon
  - 11 unberührt.
  - 12 • Die Kündigungsfrist und Zeit für die Wohnungssu-
  - 13 che soll in Gebieten mit angespannter Wohnlage im
  - 14 Sinne des § 201a Satz 3 und 4 BauGB um sechs Mo-
  - 15 nate verlängert werden. Die Zehnjahresfrist bei Ver-
  - 16 kauf der Wohnung und das Vorkaufsrecht bleiben
  - 17 davon unberührt.
  - 18 • Alle Wohnungen innerhalb der auch für die Anmel-
  - 19 dung eines Eigenbedarf heranzuziehenden nutz-
  - 20 nießenden Familienmitglieder finden bei der Frage
  - 21 über die Rechtmäßigkeit des Eigenbedarfs Beach-
  - 22 tung.
  - 23 • Das Recht auf Eigenbedarfskündigung für nahe Fa-
  - 24 milienangehörige entfällt.
  - 25 • Eigenbedarfskündigung darf nur zu Wohnzwecken
  - 26 erfolgen und nicht zu Zwecken der Wohnungsnut-
  - 27 zung als ausgelagertes Home Office.
- 28
- 29

**Begründung**

31 Wohnen ist ein Grundrecht. Die Wohnung ist zum Dasein  
32 so notwendig wie Nahrung und medizinische Grundver-  
33 sorgung. Dementsprechend darf sie nicht wie ein Wirt-  
34 schaftsgut behandelt werden, das der Gewinnmaximie-  
35 rung dient.

37 Der Verlust der Wohnung bedeutet einen tiefen Einschnitt  
38 in die soziale und finanzielle Lebenssituation eines Men-  
39 schen. Die Lage der Wohnung entscheidet über das wohn-  
40 ortnahe soziale Netz – im Haus, im Kiez, in einer Gemein-  
41 de und einem örtlichen politischen oder sonstigem ehren-  
42 amtlichen Engagement, und den Weg zur Arbeit.

44 Eine Wohnung zu suchen, zumal unter Zeitdruck, bedeu-  
45 tet über Monate eine täglich viele Stunden umfassende  
46 Aufgabe, die dazu führt, dass alles andere im Leben zu ru-  
47 hen hat. Hinzu kommen Kosten für Makler und den Um-

**Empfehlung der Antragskommission**

**Überweisen an: ASJ, FA VIII - Soziale Stadt (Konsens)**

48 zug selbst. Im schlimmsten Fall bedeutet es insbesondere  
49 für Freiberufler den Verlust von Einkommen, denn Besich-  
50 tigungen werden oft sehr kurzfristig anberaumt. Für die  
51 Zeit der Suche empfiehlt es sich, die Stadt nicht zu verlas-  
52 sen und keine Termine zu machen, die nicht sehr flexibel  
53 abzugeben sind.

54

55 Hinzu kommt die psychische Belastung durch die Perspek-  
56 tive, im schlimmsten Fall die Stadt verlassen zu müssen  
57 und/oder Schulden aufzunehmen, um die Kosten der Si-  
58 tuation schultern zu können sowie langfristig erhebliche  
59 Mehrkosten für die Miete aufbringen zu müssen.

60

61 Auf der anderen Seite steht der Eigentümer/die Eigentü-  
62 merin, der/die in vielen Fällen eine durch den Mieter/die  
63 Mieterin abgezahlte Wohnung bezieht und nicht nur eine  
64 Immobilie gewinnt, sondern auch sich selbst einem hoch-  
65 preisigen Wohnungsmarkt entziehen kann.

66

67 Dieser Ungleichverteilung der Last durch den Übergang  
68 des Eigentums muss anders verteilt werden.

69

70 Eine rechtliche Schräglage ist auch die Tatsache, dass ein  
71 Eigentümer/eine Eigentümerin für nahe Familienangehö-  
72 rige einem Mieter kündigen darf, aber umgekehrt die Ei-  
73 gentumswohnungen der Familienangehörigen nicht ein-  
74 bezogen werden, wenn der Mieter/die Mieterin Härte an-  
75 meldet und sich gegen den Eigenbedarf wehrt. Diese Un-  
76 gleichbehandlung muss geändert werden, indem entwe-  
77 der alle Wohnungen innerhalb der auch für den Eigenbe-  
78 darf heranzuziehenden nutznießenden Familienmitglie-  
79 der Beachtung finden, oder die Möglichkeit für Familien-  
80 mitglieder Eigenbedarf anzumelden abgeschafft wird.